

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation

Sitzungstermin: Mittwoch, 30.10.2024
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:43 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Hemken, Harald

für Gregor Stelow

SPD-Fraktion

Kruse, Detlef

Kruse, Doris

Rehling, Gertrud

für Amke Wilts-Heuse

für Andreas ten Hove

CDU-Fraktion

Held, Wilke

Ohling, Albert

für Gerold Verlee

für Ole Falbe

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Nützel, Christian

für Andrea Marsal

FDP-Fraktion

Eilers, Hillgriet

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd

(bis 18:13 Uhr)

BSW-Fraktion

Luitjens, Stefan

Verwaltungsvorstand

Kruithoff, Tim

Jahnke, Horst

Grendel, Volker

von der Verwaltung

Buß, Thomas

Philipps, Gaby

Schröder, Rolf-Dieter

Humke, Patrick

Protokollführung

Klaaßen, Celina

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 30.10.2024

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hemken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Budget der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 2025/2026;
hier: Stellenplan
Vorlage: 18/1343/1

Herr Buß erklärt, die Vorstellung des Stellenplans erfolge in Form einer Tischvorlage. Zudem seien zwei Anfragen aus den Fraktionen in die Präsentation eingearbeitet worden, die im weiteren Verlauf beantwortet würden.

Herr Buß und **Herr Schröder** stellen den Stellenplan der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Herr Janssen stellt die Zwischenfrage, ob sich die Refinanzierung der 4,67 Stellen auf eine dauerhafte Lösung oder auf einen begrenzten Zeitraum von zwei bis drei Jahren beziehe.

Herr Buß bestätigt, die Refinanzierung sei dauerhaft.

Herr Nützel äußert grundsätzlich Verständnis für die Schaffung neuer Stellen, da die zusätzlichen Aufgaben sichtbar seien. Kritisch merkt er jedoch an, dass zwei neue Stellen für Baumkontrolleure geschaffen würden, während für andere Anliegen, wie die Kontrolle von Schottergärten oder die Verschärfung der Baumschutzsatzung, stets fehlende Ressourcen angeführt würden.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 30.10.2024

Herr Kruithoff entgegnet, es sei eine politische Entscheidung, ob eine Stelle zur Kontrolle von Schottergärten in den Stellenplan aufgenommen werde. Dies müsse in den Haushaltsberatungen geklärt und mehrheitsfähig beschlossen werden. Hinsichtlich der Baumschutzsatzung betont er, dass die Verwaltung bereits einen Vorschlag unterbreitet habe, jedoch keine politische Entscheidung dazu getroffen worden sei. Die Schaffung der Baumkontrolleur-Stellen sei daher eine sinnvolle Investition.

Herr Hemken bemerkt, es habe zur Baumschutzsatzung unterschiedliche Positionen gegeben, zeigt sich aber zuversichtlich, dass darüber noch diskutiert und eine Lösung gefunden werde.

Frau Rehling fragt, ob neben der Organisationsuntersuchung im Fachbereich 500 auch für andere Fachdienste eine solche Untersuchung geplant sei.

Herr Grendel bestätigt, schrittweise würden alle Fachbereiche überprüft. Die Untersuchung habe den gesamten Fachbereich 500 umfasst und zu einer Empfehlung für 17,2 zusätzliche Stellen geführt. Allerdings seien nur solche Stellen in die Planung aufgenommen worden, die durch neue Aufgaben oder steigende Fallzahlen erforderlich seien. Insbesondere im Bereich Wohngeld und Eingliederungshilfe seien zusätzliche Ressourcen nötig. Zudem gebe es Stellen im Gesundheitsamt, die aus Förderprogrammen im Rahmen der Corona-Pandemie und des ÖGD-Pakts finanziert würden. Zwei der aus dem Gutachten resultierenden Stellen würden nicht besetzt, sondern lediglich in den Stellenplan aufgenommen, um sie gegenüber dem Land für eine mögliche Refinanzierung geltend zu machen. Eine Entscheidung hierzu stehe noch aus.

Herr Kruithoff ergänzt, dass derzeit auch eine Organisationsuntersuchung für den Fachbereich 600 laufe und bereits weit fortgeschritten sei. Er lobt den Fachbereich 500 für den pragmatischen Umgang mit den Ergebnissen der Untersuchung, da dort aufgrund der Haushaltssituation nur die dringend notwendigen Stellen besetzt und qualitative Verbesserungen vorerst zurückgestellt worden seien.

Nach Abschluss der Untersuchung im Fachbereich 600 solle vorerst keine weitere Organisationsanalyse erfolgen. Stattdessen werde das Thema Bürgerservice als Projekt betrachtet. Eine formale Organisationsuntersuchung für den Fachbereich 400 sei nicht vorgesehen, da eine aktuelle Kapazitätsbemessung bereits vorliege. Vielmehr wolle man die Qualität und Zugangswege zur Verwaltung verbessern. Dabei habe man aus der Corona-Pandemie positive Erfahrungen mit einem zentralen Bürgertelefon gemacht, das eine Art First-Level-Support für Anfragen bot. Diese Idee solle weiterentwickelt werden, indem die Telefonzentrale ausgebaut und personell verstärkt werde. Ziel sei es, Anfragen gezielt weiterzuleiten und Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zur Verwaltung zu erleichtern. Auch der geplante Anbau an das VG I spiele bei der Kanalisierung der Zugangswege eine Rolle.

Zudem werde an einer besseren Darstellung wegfallender Stellen im Stellenplan gearbeitet. Damit solle erkennbar sein, welche Positionen – etwa nach Abschluss von Projekten – tatsächlich entfallen, um mehr Transparenz zu schaffen.

Frau Kruse erkundigt sich nach der Verlagerung der Heim- und Gesundheitsaufsicht und möchte wissen, wo diese bisher angesiedelt gewesen sei.

Herr Grendel erklärt, die Heimaufsicht sei aus historischen Gründen im Fachdienst Wohnen angesiedelt gewesen. Nun sei die Zuständigkeit bereinigt worden, da die Heimaufsicht thematisch besser in den Fachdienst Gesundheit passe. Diese Entscheidung sei durch das Organisationsgutachten gestützt worden, da es sich um eine zentrale Aufgabe für eine einzelne Person handele.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 30.10.2024

Frau Eilers begrüßt die geplante Verbesserung der Bürgerkommunikation und hält sie für einen sinnvollen Schritt zur Verwaltungsmodernisierung. Zudem fragt sie nach der Qualifikation der Baumkontrolleure und ob es sich um Akademiker oder Praktiker handle. Sie möchte zudem wissen, ob eine Aufgabenkritik im Baubereich möglich sei, um Arbeitslasten anders zu verteilen. Abschließend erkundigt sie sich nach dem Personalaufwuchs von 3,3 Stellen im Mehrgenerationenhaus und fragt, wie dieser zustande komme.

Herr Grendel erläutert, das Mehrgenerationenhaus sei weitgehend aufwandsneutral. Die einzige tatsächliche Stellenmehrung von 0,59 entfalle auf den Fachdienst Gemeinwesen, nicht direkt auf das Mehrgenerationenhaus. Vielmehr sei eine Umstrukturierung vorgenommen worden, indem projektbezogene Mitarbeitende, die zuvor an verschiedenen Standorten tätig waren, nun im Kulturbunker zusammengefasst worden seien. Die einzige zusätzliche Kraft werde in Borssum im Leuschnertreff eingesetzt und sei durch Projektmittel refinanziert.

Herr Rogga erläutert die Qualifikation der Baumkontrolleure. Zwei Mitarbeiter hätten sich weitergebildet, nachdem sie zuvor eine Ausbildung als Gärtner absolviert hatten. Es sei keine akademische Ausbildung erforderlich, sondern eine spezifische Weiterbildung.

Herr Kruse äußert sich allgemein zur steigenden Arbeitsbelastung in der Verwaltung. Er betont, dass trotz technologischem Fortschritt immer mehr Personal benötigt werde, um die Anforderungen zu erfüllen. Anschließend stellt er drei konkrete Fragen:

1. Ob sich die Refinanzierung von 10 % auf den gesamten Stellenaufbau für 2025 und 2026 beziehe.
2. Ob der Leiter des Rettungsdienstes tatsächlich verbeamtet werde und ob dies eine zusätzliche Einstellung bedeute.
3. Ob es nicht ineffizient sei, funktionierende Blumen in Grünflächen auszutauschen, was sowohl arbeitsintensiv als auch umweltproblematisch sei.

Herr Kruithoff klärt auf, die genannte Refinanzierung beziehe sich auf eine einzelne Stelle im Fachdienst Personal. Diese Stelle sei zu 10 % refinanziert, wobei die Hauptaufgaben Recruiting und betriebliches Eingliederungsmanagement seien. Insgesamt gebe es eine Stellenmehrung von 10,84, von denen 4,67 refinanziert seien, sodass 6,17 Stellen aus eigenen Mitteln finanziert würden. Zwei davon würden nur bei gesicherter Refinanzierung besetzt.

Zur Leitstelle erklärt er, dass keine Verbeamtung eines bisherigen Angestellten stattfinde. Vielmehr habe sich ein bereits verbeamteter Feuerwehrtechniker erfolgreich auf die Stelle beworben. Da der Rettungsdienst selbst keine Dienstherrenfähigkeit besitze, müsse die Beamtenstelle im Stellenplan der Stadt geführt werden. Dies ersetze eine bisherige Angestelltenstelle, sodass es sich um eine Umstrukturierung ohne Mehrkosten handle.

Hinsichtlich der Grünflächenpflege erläuterte Herr Kruithoff, dass saisonale Bepflanzungen weiterhin erforderlich seien. Zwar würden funktionierende Pflanzen ausgetauscht, doch sei dies notwendig, da Frühjahrsblüher nach einer gewissen Zeit ausblühten und ersetzt werden müssten, um ein gepflegtes Stadtbild zu erhalten. Dennoch strebe die Stadt verstärkt den Einsatz von Staudenbeeten an, da diese nachhaltiger seien. Allerdings seien sie pflegeintensiver, und mit neuen Projekten wie der Kunstpromenade würden zusätzliche Flächen entstehen, die betreut werden müssten. Gleichzeitig seien jedoch die Pflegemethoden umgestellt worden. Anstelle von Pestiziden werde nun heißes Wasser verwendet, was arbeitsintensiver sei und die Personalkapazitäten beanspruche. Dennoch gebe es eine gewisse Erwartungshaltung, dass zentrale Stadtbereiche weiterhin gepflegt aussähen.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 30.10.2024

Frau Kruse merkt an, die Bepflanzung zwischen Frühjahr und Sommer bestehe nur für wenige Wochen. Sie unterstreicht noch einmal, dass die Innenstadt ansprechend gestaltet werden müsse, weshalb eine Bepflanzung mit Stauden dort ihrer Ansicht nach nicht infrage komme.

Herr Nützel bezieht sich noch einmal auf das Thema Baumschutzsatzung und erklärt, dass die Politik diese vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage auf Eis gelegt habe. Er erkundigt sich, ob die zwei neu geschaffenen Baumkontrolleur-Stellen auch Aufgaben im Zusammenhang mit einer möglichen Verschärfung der Baumschutzsatzung übernehmen könnten oder ob dafür zusätzlich eine halbe Stelle nötig wäre.

Herr Kruithoff entgegnet, dafür müsse eine neue Stelle geschaffen werden.

Herr Ohling möchte zunächst wissen, ob mit den höheren Anforderungen bei der Berechnung der Elternbeiträge Krippen oder Kitas gemeint seien, da die Kitas für Eltern beitragsfrei seien. **Herr Grendel** stimmt zu, es seien die Krippengebühren gemeint. Außerdem fragt Herr Ohling nach, ob das schwindende Sicherheitsempfinden der Mitarbeiter lediglich ein subjektives Gefühl sei oder ob es konkrete Vorfälle gebe.

Herr Kruithoff bestätigt, die Sicherheitslage habe sich objektiv verschlechtert. Er verweist auf die zunehmende Gewaltbereitschaft, die sich beispielsweise in der Notaufnahme des Krankenhauses zeige, wo inzwischen ein Sicherheitsdienst eingesetzt werde. Auch in einem Supermarkt in der Innenstadt sei ein Sicherheitsdienst erforderlich geworden. Es gebe viele Vorfälle, weshalb auch die Verwaltung Maßnahmen zur Sicherheit seiner Mitarbeitenden ergreife. Obwohl die Verwaltung ein offenes Haus bleiben wolle, seien bestimmte Sicherheitsvorkehrungen unvermeidlich, um die Attraktivität der Arbeitsplätze zu erhalten.

Herr Hemken fragt nach den Gründen für Kürzungen im Bereich Gemeinwesen und ob diese altersbedingt seien.

Herr Grendel erläutert, es handele sich dabei größtenteils um Stellenverschiebungen. So sei beispielsweise eine Doppelspitze in der Verwaltung nach dem Ruhestand eines Mitarbeiters nicht wiederbesetzt worden. Zudem sei die Flüchtlingssozialarbeit nicht mehr als eigene Stelle geführt, sondern in die Personalmehrung des Mehrgenerationenhauses eingeflossen. Neu hinzugekommen sei lediglich eine refinanzierte Stelle im Leuschnertreff. Insgesamt habe es somit nur eine geringe Stellenmehrung gegeben.

Herr Kruithoff weist abschließend darauf hin, dass der Stellenplan zur Beratung an die Fraktionen weitergegeben werde. Die Verwaltung habe bewusst eine Tischvorlage erstellt, da keine sofortige Entscheidung erwartet worden sei. Herr Jahnke und Herr Jakobs würden in den Klausurtagungen weitere Erklärungen abgeben. Zudem würden die Anfragen der CDU- und SPD-Fraktion zusätzlich schriftlich beantwortet.

Herr Schröder und **Herr Buß** führen die Präsentation weiter fort.

Herr Kruithoff bedankt sich bei Herrn Schröder und Herrn Buß sowie dem Fachdienst Personal für die Ausarbeitung der umfangreichen Präsentation und der schnellen Bearbeitung der Anfragen.

Herr Hemken schließt sich dem Dank an und äußert im Namen der Politik ebenfalls Wertschätzung für die detaillierte Darstellung.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 30.10.2024

Frau Kruse bedankt sich ebenfalls für die Präsentation und schlägt vor, weniger bekannte Fachbereiche in den Unterlagen näher zu erläutern. Zudem erkundigt sie sich nach der genauen Bedeutung der „Gesundheitsaufsicht“.

Herr Grendel antwortet, die Gesundheitsaufsicht sei unter anderem für die Trinkwasserbeprobung in größeren Anlagen sowie für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten zuständig. Während der Corona-Pandemie sei dieser Bereich stark gefordert gewesen, da die Kontaktverfolgung und Quarantäne-Anordnungen darunterfielen. Er weist zudem darauf hin, dass im Fachbereich 500 viele neue Stellen entstanden seien, hauptsächlich aufgrund staatlicher Förderprogramme für die Gesundheitsämter. Allein im ärztlichen Bereich seien 3,5 Stellen und im technischen sowie informationstechnischen Bereich weitere 1,5 Stellen hinzugekommen.

Herr Held bedankt sich für die Präsentation und die schnelle Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion. Er möchte wissen, welche langfristigen Strategien zur Finanzierung der steigenden Personalkosten in den Kindertagesstätten geplant seien, insbesondere angesichts künftiger Tarifsteigerungen. Des Weiteren fragt er nach einer zusätzlichen Stelle für das Medienzentrum, die auf einer Folie erwähnt, aber im Stellenplan nicht aufgeführt sei. Zudem erkundigt er sich zur Zukunft der geförderten Stelle für digitale Medien, da die Landesförderung auslaufe. Er betont, dass trotz der schwierigen Haushaltslage eine Lösung auf lokaler Ebene gefunden werden müsse.

Herr Buß erläutert, dass die dargestellten Stellenzuwächse die Jahre 2020 bis 2025 umfassten und nicht nur die Entwicklung von 2024 auf 2025 betrafen. Ziel sei gewesen, die Veränderung der letzten fünf Jahre aufzuzeigen und die wesentlichen Faktoren für den Personalzuwachs darzustellen.

Herr Grendel erklärt, die Zukunft des Medienzentrums werde im Rahmen der Organisationsuntersuchung im Fachbereich 600 geklärt. Dort sei das Medienzentrum selbst Teil der Untersuchung, und es werde eine entsprechende Aussage dazu erwartet.

Hinsichtlich der gestiegenen Personalkosten in den Kindertagesstätten weist er darauf hin, dass diese insbesondere durch Tarifveränderungen stark angestiegen seien. Gleichzeitig sei der Erstattungsbetrag für Kita-Plätze relativ konstant geblieben, da dieser an die Anzahl der Plätze gekoppelt sei. Solange keine zusätzlichen Plätze geschaffen würden, steige auch die Erstattung nicht. Er unterstreicht die Bedeutung des Emden Modells und seiner Evaluierung, um mögliche Anpassungen zu prüfen.

Er stellt klar, die gestiegenen Kosten würden nicht nur die städtischen Kitas betreffen, sondern auch alle anderen Kindertagesstätten. Dort spiegelten sie sich jedoch nicht direkt im städtischen Personalaushalt wider, sondern in den Transferaufwendungen. Im Fachausschuss werde dazu eine Folie präsentiert, die die Abhängigkeit zwischen internen und externen Personalkosten verdeutliche.

Er erläutert zudem, dass Tarifsteigerungen nicht nur das interne Personal, sondern auch externe Leistungserbringer betreffen, deren Kosten die Stadt refinanzieren müsse. Ein verbessertes Controlling könne helfen, diese Kosten zu steuern. Allerdings bestehe die Gefahr, dass Einsparungen beim internen Personal zu einem Kontrollverlust bei externen Kosten führten, was letztlich zu höheren Ausgaben führen könnte. Dieses Zusammenspiel werde jedoch ebenfalls im Fachausschuss noch näher erläutert.

Herr Nützel bedankt sich für die Darstellung. Ihm sei besonders die Situation im Fachbereich 300 aufgefallen, wo derzeit Herr Dr. Federolf die Koordination übernommen habe. Er fragt, ob eine Wiederbesetzung der Fachbereichsleitung geplant sei oder ob das aktuelle Modell der

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 30.10.2024

Koordination beibehalten werde, da dieser Bereich viele wichtige Aufgaben übernehme und das „Gesicht der Stadt“ sei.

Herr Buß stellt klar, die Stelle der Fachbereichsleitung im Fachbereich 300 sei derzeit unbesetzt. Herr Dr. Federolf habe die Fachbereichskoordination zusätzlich zu seiner bisherigen Position als Fachdienstleiter übernommen. Eine ähnliche Konstellation gebe es auch im Fachbereich 200, wo die Fachbereichskoordination mit einer bestehenden Fachdienstleitung kombiniert werde.

Herr Hemken bemerkt abschließend, dass die Thematik weiterhin in den Fraktionen beraten werde und eine Rückkehr zur Diskussion erfolgen werde.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 5 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 6 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.